

Antworten der Parteien bis Redaktionsschluss

SPÖ

Was würden Sie in Wien beim Thema Verkehr ändern, um die Klimakrise zu bekämpfen?

- Zentral ist der weitere Ausbau der Öffis, schon heute nutzen 2/3 der WienerInnen die Öffis, gehen zu Fuß oder fahren mit dem Rad. Die Jahreskarte ist mit 356 Euro pro Jahr unschlagbar günstig.
- Im Kampf gegen den Klimawandel sind die Öffis der größte Beitrag zur Einsparung von CO₂. Daher investiert Wien in den U-Bahnausbau. Die U2 wird verlängert und eine neue U5 wird gebaut. Wichtig ist, dass der Bund seinen Teil der Finanzierung des U-Bahn-Ausbaus (50%) weiterhin trägt, denn von einem dichten U-Bahn-Netz profitieren nicht nur die Wiener*innen.
- Im Fokus stehen die PendleInnen, die aktuell zu 2/3 mit dem Auto einpendeln. Hier braucht es attraktive Angebote. Aktuell liegen drei Straßenbahnrouen nach Niederösterreich am Tisch, konkret nach Schwechat, nach Groß-Enzersdorf und eine nach Kaltenleutgeben. Hier braucht es Finanzierung von Seiten des Bundes und von NÖ, Gespräche laufen.
- Unser Ziel ist es, die PKW-Anzahl pro Kopf weiter zu senken und bis 2030 die Anzahl der PKW-Pendler*innen zu halbieren. Unter anderem durch die langfristige Reduktion von Abstellmöglichkeiten für Pkw im öffentlichen Raum.
- Zentral sind sharing-Angebote via der WienMobil-Stationen für die sogenannte „letzte Meile“, - also von und zu den Öffis. Das private Auto wird unnötig, weil es flächendeckend gute Angebote für diese letzte Distanz zur Wohnung geben wird, mit sharing Angeboten für Fahrräder, E-scooter oder auch autonomen Bussen.

Was kann in der Wiener Stadtplanung gegen die Klimakrise getan werde?

- Neben aktiven Maßnahmen, die die CO₂-Reduktion senken, braucht es Massnahmen im Kampf gegen die klimakrisenbedingte Hitze in der Stadt. Zentral ist dazu der Ausbau der Grünflächen. In den nächsten Jahren entstehen in Wien über 16 Hektar neue Parkflächen. Zum Beispiel der Elinor-Ostrom-Park in der Seestadt Nord, der Park am Nordbahnhofgelände mit Stadtwildnis und urbanen Terrassen etc. Bestehende Parks werden vergrößert oder attraktiviert. Der aktuelle hohe Grünraumanteil von 53 % wird streng geschützt.
- Stadtbäume werden mit dem innovativen Schwammstadt-Prinzip klimafit gemacht.
- Acht Millionen Euro hat Wien 2019 für zusätzliche Baumpflanzungen bereitgestellt, um die grünen Lungen Wiens noch weiter zu stärken. Doch nicht überall sind in einer Millionenstadt Baumpflanzungen möglich – aufgrund komplexer technischer Unterbauten für Strom, Gas, Wasserleitungen etc. Hier gehen wir neue Wege: In Absprache mit den Bezirken sollen Asphaltflächen aufgebrochen und begrünt werden, um die Grätzl attraktiver zu machen. Es gibt drei Module für die Bezirke für diese neuartigen Begrünungsmaßnahmen. Und sie werden mit 4,6 Millionen Euro dabei unterstützt.

- Ein wichtiger Anteil ist auch die Fassadenbegrünung, grüne Wände sind natürliche Klimaanlage: Die Stadt fördert 150 Grüne Häuser und begrünt selber jedes Jahr 10 städtische Fassaden, wie etwa das Umspannwerk in der Kendlerstraße und das Stationsgebäude der Wiener Linien in der Spittelau.
- Immer mehr Wiener*innen wollen Gemüse selbst anbauen, pflegen, ernten und frisch verzehren – sei es auf Pachtparzellen, in Gemeinschafts- und Nachbarschaftsgärten oder einfach auf einem (noch) nicht bebauten Grundstück oder einer Baumscheibe vor der Haustür. Wir unterstützen diesen Trend durch Beratung und aktive Unterstützung der engagierten Wiener*innen. Künftig wollen wir Gemeinschaftsgärten weiter fördern – genauso wie das Urban Gardening auf ungenutzten Dächern.
- Wir kämpfen gemeinsam gegen klimawandelbedingte Hitzeinseln, die vor allem älteren, schwachen und kranken Menschen besonders zu schaffen machen. Zu den verschiedenen Kühlungsprojekte zählen
 - Straßenseitige Fassadenbegrünungen
 - Errichtung von Wasserspielen
 - Errichtung von Nebelduschen und Wasserfontänen
 - Mobile Trinkbrunnen mit Sprühnebefunktion
 - Pflanzung größerer Stadtbäume
 - Maßnahmen fürs Wasserspeichern unter Bäumen im Rahmen des sogenannten „Schwammstadt-Projekts“
 - Entsiegelung befestigter Flächen zugunsten Grünflächen
 - Schatten durch Pergolen, freistehende Rankelemente und Staudenbeete
- Im Dienst der Stadt Wien soll zukünftig bei Stadtplanerischen Tätigkeiten wie Widmungen, Planungen und Wettbewerben ein Stadtmeteorologe beigezogen werden , um Auswirkungen von Wind, Mikroklima und Hitze zu berücksichtigen.

Wie würden Sie Ihre Maßnahmen gegen die Klimakrise sozial abfedern? Oder anders gefragt, wer sollte Ihrer Meinung nach, für die Bekämpfung der Klimakrise besonders in die Verantwortung genommen werden, wer zahlt die Maßnahmen?

- Konkret betroffen vom Klimawandel sind vor allem sozial schwächere Gruppen, Ältere und Kranke. Gleichzeitig müssen diese Personengruppen im Vergleich zu ihrem Einkommen einen größeren Beitrag zur Finanzierung von Maßnahmen im Kampf gegen den Klimawandel leisten.
- Eine erfolgreiche Energiewende braucht Akzeptanz in der Bevölkerung und daher eine gerechte Verteilung der Kosten.
- Wir treten gegen ein weiteres Abwälzen der Kosten der Energiewende auf die privaten Haushalte auf. Diese und kleine Betriebe tragen derzeit die Hauptlast der Finanzierung des Ökostroms und der Netzinfrastruktur – sie zahlen laut einer Studie der AK rund 41 % der Gesamtkosten bei einem tatsächlichen Stromverbrauch von nur 25 %. Im Gegensatz dazu trägt die Industrie nur 21 % der Kosten bei einem Verbrauch von rund 43 %
- Es muss rasch zu einer sozial gerechten Kostenverteilung beim Klimaschutz kommen. Es braucht auf Bundesebene umgehend eine Abgabenreform, die einen Anreiz zu klimaschonendem Verhalten für alle Gesellschaftsschichten bietet.

- Wir als SPÖ kümmern uns um die Zukunft aller in unserer Stadt, werden daher den schon bisher sehr erfolgreichen Weg fortführen und noch zusätzliche Kraftanstrengungen unternehmen, um die CO2-Emissionen in unserer Stadt weiter zu reduzieren.
- Ein gutes Beispiel ist unser öffentlicher Verkehr wo der Vergleich mit anderen Städten verdeutlicht: Während in Wien die Jahreskarte 365 Euro kostet, zahlt man in London 1.600 Euro, in Hamburg 1.074 Euro, in Amsterdam 975 Euro und in Berlin 761 Euro. Um kostendeckend zu sein, müsste die Jahreskarte in Wien aber an die 1.000 Euro kosten. Die Stadt Wien finanziert daher mit ihren Zuschüssen die europaweit einzigartig günstige Jahreskarte mit zusätzlichen Vergünstigungen für Fahrgastgruppen wie z. B. SeniorInnen und bietet über den Mobilpass für sozial schwache Personengruppen zusätzliche Ermäßigungen an. Ziel sind und bleiben günstige Öffis für alle!

NEOS

NEOS Wien hat eine Reihe von Vorschlägen, mit denen man den CO₂-Ausstoß in Wien massiv reduzieren könnte und gleichzeitig stadtplanerisch die Stadt verbessern und lebenswerter machen würde. Hier ein Zusammenfassung der Vorschläge:

Klimaschutz:

- Wien muss die Energieinfrastruktur neu denken. Ausgangspunkt aller Überlegungen im Energiebereich sollte die Frage nach den benötigten Energiedienstleistungen sein, die mit möglichst geringem Energieeinsatz und dezentral zu erbringen und zu speichern sind.
- Wien soll zur Solarhauptstadt Europas werden. Rechnerisch könnten 40 % des Strombedarfs in Wien durch Photovoltaik gedeckt werden, deshalb müssen Solaranlagen verpflichtend bei neuen Bauten der Stadt wie Gemeindebauten oder Schulen installiert werden und die Aufrüstung von Dächern mit Solaranlagen gefördert werden.
- In Fragen des Klima- und Umweltschutzes muss die städtische Verwaltung eine Vorreiterrolle einnehmen. Wien muss sich zum Ziel setzen, die Stadtverwaltung sowie die öffentlichen Unternehmen bis zum Jahr 2030 klimaneutral zu organisieren.
- Wir fordern die Einführung eines Wiener Klimaschutzgesetzes, das Ziele zur Reduktion der Treibhausgasemissionen in Wien verbindlich festgelegt, Klimaschutzgrundsätze konkretisiert und notwendige Umsetzungsinstrumente rechtlich absichert. Zusätzlich benötigt es ein eigenes städtisches Klimabudget, das parallel zum Finanzbudget beschlossen werden soll.
- Eine aufkommensneutrale CO₂-Steuer ist wichtig, damit grüne Innovation bevorzugt wird. So kann die Wirtschaft zur treibenden Kraft in Klimawandelbekämpfung werden. Die Stadt Wien muss sich auf nationaler und europäischer Ebene für deren Einführung einer solchen Lenkungsmaßnahme einsetzen.

Klimawandelanpassung:

- Fassadenbegrünung mit automatischer Bewässerung soll forciert, eingeführt und gefördert werden.
- Versiegelungsflächen müssen stark reduziert und mit Grün- und Wasserflächen ("grüne und blaue Infrastruktur") als lokale Kühlzonen ersetzt werden.
- Das Prinzip der sogenannten „Schwammstadt“ ermöglicht eine längerfristige Speicherung und eine kontinuierliche Bewässerung von Bäumen und Pflanzen mit Regenwasser und verhindert Überflutungen bei Starkregenereignissen.

Lebensqualität und Umweltschutz:

- Umweltverträglichkeitsprüfungen (UVP) müssen künftig große Stadtentwicklungsgebiete integriert betrachten. Das bisher übliche Aufteilen auf kleinere, nicht UVP-pflichtige Einheiten muss aufhören.
- Es braucht mehr Grünflächen und Baumscheiben, in denen eine Artenvielfalt florieren kann. Dächer müssen wo immer möglich begrünt werden – die öffentliche Hand muss als Vorbild wirken. In Stadtentwicklungsgebieten sollen Biotope mit eingeplant werden.
- Geschützte Tier- und Pflanzenarten sollen an ihren ursprünglichen Lebensräumen erhalten bleiben (zum Beispiel Ziesel).
- Die Information über die Feinstaubbelastung muss transparenter gestaltet werden. Ein Warnsystem an besonders belasteten Tagen, soll der Wiener Bevölkerung helfen, darauf reagieren zu können. Wer an solchen Tagen das Auto stehen lässt, soll zum Beispiel die Öffis gratis benutzen dürfen.

Grüne

Was würden Sie in Wien beim Thema Verkehr ändern, um die Klimakrise zu bekämpfen?

Wir wollen Wien zur Klimahauptstadt machen, deshalb haben wir uns als Stadt Wien das Ziel gesetzt, die Treibhausgase bis 2030 zu halbieren. Der Autoverkehr ist einer der größten CO₂-Verursacher. Deshalb wollen wir mit dem Gratis-Öffi-Ticket einen Anreiz für die Menschen schaffen, auf den öffentlichen Verkehr umzusteigen. Beim Ausbau der Öffis setzen wir auf neue U-Bahn- und Straßenbahnlinien in den Außenbezirken sowie auf dichtere Intervalle bei den Schnellbahnen. Wir bauen die Radwege in Wien aus, um dem steigenden Anteil an Radfahrer*innen sichere und schnelle Radverbindungen zur Verfügung zu stellen. Die schützenswertesten Verkehrsteilnehmer*innen sind die Fußgänger*innen. Sie brauchen mehr Platz und Möglichkeiten zum Verweilen – besonders ältere Menschen sollen Bankerln, Schatten und gute Luft zur Verfügung haben. Zwei Drittel des öffentlichen Straßenraums gehören derzeit den Autos – das wollen wir in Zukunft anders verteilen – weg von den Autos, hin zu den Menschen.

Was kann in der Wiener Stadtplanung gegen die Klimakrise getan werden?

Seit 2005 ist Wien um 280.000 Menschen gewachsen. Diese Menschen brauchen Wohnungen, Schulen, Krankenhäuser, Öffis und natürlich Grünraum. Wir wollen bis 2025 hunderttausend neue Bäume pflanzen, Fassaden begrünen, Coole Straßen schaffen. Dazu setzen wir in der Stadtplanung auf urbane Dichte und kompakte Formen, damit mehr Flächen für Grün- und Freiräume verbleiben. Der Grünraum in Wien ist schon seit 2015 um 28 Hektar gewachsen - das entspricht 3 mal der Fläche des Stadtparks. In den neuen Stadtentwicklungsgebieten wie etwa Sonnwendviertel, Nordbahnhof und Nordwestbahnhof wurde so geplant, dass große Grünräume und leistbares Wohnen zur Verfügung stehen. Wir wollen raus aus Öl und Gas: Bis 2040 wollen wir einen Umstieg auf erneuerbare Energieträger für die Raumwärme schaffen und bis 2030 wollen wir, dass Wiens Stromverbrauch zu 100 Prozent von erneuerbaren Energieträgern kommt.

Wie würden Sie Ihre Maßnahmen gegen die Klimakrise sozial abfedern? Oder anders gefragt, wer sollte Ihrer Meinung nach, für die Bekämpfung der Klimakrise besonders in die Verantwortung genommen werden, wer zahlt die Maßnahmen?

Wir machen stärker, was uns als Stadt so stark macht: Von der Pflege über die Müllabfuhr bis zum Kindergarten, von der Rettung bis zur Feuerwehr. Wir wollen die 35-Stunden-Woche für alle im Dienste dieser Stadt einführen, bei 65.000 Beschäftigten schaffen wir so 7.000 neue Jobs. Und entlasten gleichzeitig alle, die Tag für Tag diese Stadt von uns am Laufen und am Leben halten. Und das sind vor allem Frauen. Denn eine 35 Stunden Woche ist de facto eine Gehaltserhöhung. Dazu wollen wir Wir wollen ein Jahr lang die Wiener*innen entlasten und ihnen die Wiener Öffis gratis zur Verfügung stellen. Für Jahreskartenbesitzer*innen wird die Jahreskarte um 1 Jahr verlängert. Damit entlasten wir die Wiener*innen in der Krise um bis zu 365 Euro und stärken den Konsum. Gleichzeitig schaffen wir einen Anreiz, auf klimafreundliche öffentliche Verkehrsmittel umzusteigen. Durch die Corona-Krise haben viele Menschen ihre Jobs verloren, mit den Gratis-Öffis ermöglichen wir etwas für das Konto jedes Einzelnen. Die einen brauchen jetzt gerade jeden Euro. Und alle haben einen Anreiz mehr, die U-Bahn zu nehmen und das Auto stehen zu lassen. Denn wir wissen, den größten Anteil am Co₂-Ausstoß in Wien hat der Autoverkehr.

ÖVP

Was würden Sie in Wien beim Thema Verkehr ändern, um die Klimakrise zu bekämpfen?

Es steht außer Frage, dass es neue Lösungen beim Thema Verkehr und Mobilität braucht. Mobilität ist ein Grundbedürfnis, das gerade in einer Großstadt wie Wien besondere Herausforderungen mit sich bringt. Eine gut funktionierende Verkehrspolitik kann Konflikte minimieren und positiv zum Klima und Umwelt beitragen. Aber Verkehr in der Stadt muss immer ganzheitlich betrachtet werden – einzelne Pop-Up-Maßnahmen bringen uns hier nicht weiter. Es geht um ein Miteinander, anstatt Verkehrsteilnehmer gegeneinander auszuspielen. Folgende Aspekte sind essenziell dafür:

Lösung für den Pendlerverkehr:

- Durch die Verlängerung der U-Bahnen und Straßenbahnen zumindest bis an die Stadtgrenzen. Dort soll es dann endlich ausreichend Park&Ride-Kapazitäten geben.
- In den Park&Ride-Anlagen soll auch die Kapazität an E-Ladestellen erweitert werden. Strom soll aus Photovoltaik-Anlagen auf den Dächern gewonnen werden.

Schnellbahn-Ring für Wien

- Heißt dichteres Öffi-Netz und bessere Tangentialverbindungen – vor allem in den Flächenbezirken.
- Die Schließung des S-Bahn-rings – Verbindungsbahn, Vorortelinie, Handelskai – mit einem höheren Takt.
- Maßnahme wäre kosteneffizient umsetzbar, da größtenteils das schon bestehende Streckennetz genutzt werden könnte.
- Zusätzlich fordern wir eine entsprechende Taktverdichtung – auch für die Stammstrecke.

CO2-freie Antriebsformen

- Die Stadtregierung muss neue Mobilitätsformen flächendeckend, rechtssicher und leistbar ermöglichen.
- Parkgaragen als E-Mobilität-Hubs: Garagen können sich so zu multimodalen E-Hubs entwickeln.

Ausbau E-Ladeinfrastruktur:

- Die angekündigten 1.000 Ladepunkte sind für eine Großstadt wie Wien zu wenig.
- Der Ausbau von Ladeinfrastruktur im öffentlichen Raum muss rasch verdoppelt werden.

Wasserstoffstadt Wien:

- Eine alternative Antriebsform mit Potential ist der Antrieb durch Wasserstoff. Das gilt vor allem für den Schwerverkehr.
- Wien muss sich diesem Thema widmen und die wichtigsten Stakeholder dazu an einen Tisch bringen, um so auf verschiedenen Ebenen Wasserstoff als Schwerpunkt zu setzen.

Förderoffensive E-Mobilität:

- Die Anschaffung privater Ladeinfrastruktur, beispielsweise Wallboxen, zur Montage auf Eigengrund muss gefördert werden. Auch Kaufanreize wie eine Förderung durch die Stadt Wien bei der Anschaffung sollen verstärkt werden.

- Und auch im Betrieb braucht es Anreize. Wir fordern die Öffnung der Busspuren für E-Fahrzeuge und die Befreiung der Kostenpflicht im Rahmen der Parkraumbewirtschaftung für einen befristeten Zeitraum.

Was kann in der Wiener Stadtplanung gegen die Klimakrise getan werden?

Innovationen und Maßnahmen müssen bereits bei der Gestaltung neuer Stadtteile mitgedacht werden. Kaum eine andere Stadt wie Wien ist so sehr vom Klimawandel betroffen wie Wien. 2019 war die Bundeshauptstadt mit über 40 Hitzetagen an österreichischer Spitze. Dass nur einzelne Straßen gestaltet werden, zeigt, dass Rot-Grün keine groß angelegte Strategie verfolgt, um Hitzeinseln entgegenzuwirken. Einzelmaßnahmen sind nur Tropfen auf den heißen Stein.

Wir schlagen eine Vielfalt an Maßnahmen vor:

- Großflächiger und rascher Ausbau Photovoltaik-Anlagen auf Gebäuden der Stadt Wien
- Mehr Begrünung von Dächern, Fassaden oder Innenhöfe
- Mehr Begrünung Öffi-Wartehäuschen und Rasengleise
- Mehr Parks und Neugestaltung der bestehenden Anlagen
- Mehr regionale Lebensmittel in Groß- und Gemeinschaftsküchen der Stadt Wien
- Stadt der kurzen Wege – Nahversorgung der Grätzl stärken

Durch die Versorgung regionaler Lebensmittel ergeben sich auch für die Stadt viele Vorteile: die nahe Versorgung belebt nicht nur die Grätzl, sie leistet auch einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz, weil nicht so weite Wege zurückgelegt werden. Dazu müssen auch landwirtschaftliche Flächen gesichert werden. Seit 10 Jahren gehen diese Stück für Stück weiter zurück.

Wie würden Sie Ihre Maßnahmen gegen die Klimakrise sozial abfedern? Oder anders gefragt, wer sollte Ihrer Meinung nach, für die Bekämpfung der Klimakrise besonders in die Verantwortung genommen werden, wer zahlt die Maßnahmen?

Wir haben den Klimaschutz mit dem Konzept der Ökosozialen Marktwirtschaft im Fokus – und das bereits seit über 30 Jahren. Das Konzept schafft es, dass Wirtschaft und Nachhaltigkeit im Einklang und Umweltschutz wirtschaftlich erfolgreich sind. Hier muss das Bewusstsein gestärkt werden, dass Wirtschaft und Nachhaltigkeit keine Gegensätze sind, ganz im Gegenteil, sie ziehen sich an. Klimafreundliches Verhalten soll sich zukünftig lohnen und klimaschädliches eben nicht mehr. Wir treffen und setzen unsere Maßnahmen zum Klimaschutz stets gleichermaßen nach ökologischen, sozialen und ökonomischen Gesichtspunkten. Dieser Weg ist heute wichtiger denn je! Und natürlich haben wir alle auch selbst eine Verantwortung, die wir gemeinsam wahrnehmen müssen: ob nun bei Fernreisen, der alltäglichen Mobilität oder auch im Bereich des Konsums – hier hat Wien bspw. eine vielfältige und einzigartige Stadtlandwirtschaft zu bieten.

LINKS (kurz nach Redaktionsschluss eingelangt daher war es nicht mehr möglich Zitate extra einzusprechen)

Aus unserem Programm: „Die multiplen ökologischen Krisen, allen voran die Klimakrise, sind für die ganze Welt, und damit auch für uns Linke, einige der größten Herausforderungen, vor denen wir gerade stehen. Für LINKS ist das Thema der globalen, grenzenlosen und generationenübergreifenden Klimagerechtigkeit von zentraler Bedeutung. (...) Auch im Hier und Jetzt — in Wien 2020 — haben diese ökologischen Krisen bereits enorme negative Auswirkungen. Wir wollen in einer Stadt leben, die sich dem Ausmaß, der Dringlichkeit und der Gefahr dieser ökologischen Krisen angemessen stellt.“

Um Abfederung der Klimakatastrophe und Klimagerechtigkeit quer über alle politischen Positionen von LINKS adäquat zu adressieren, haben wir „Umwelt“ deshalb zu einem der vier transversalen Aspekte im LINKS Programm gemacht (neben Sozialem, FLINT“ und Migration), der sich entsprechend in nahezu jedem der 18 Kapitel niederschlägt. Unsere Antworten entstammen ebendiesem Programm.

Was würden Sie in Wien beim Thema Verkehr ändern, um die Klimakrise zu bekämpfen?

Für LINKS steht eine autofreie Stadt im Zentrum der Verkehrspolitik. Sie verbessert darüber hinaus auch die Lebensqualität und die Gesundheit, weil weniger Verkehr auch weniger Gefährdung, Abgase (und dadurch weniger Gesundheitsprobleme und Todesursachen durch Feinstaub und Hitzeentwicklung), sowie Parkplätze bedeutet und damit mehr Grünflächen und mehr Platz für Fußgänger*innen, Radfahrer*innen und Mobilitätseingeschränkte bleiben und nicht zuletzt den Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel vorantreibt.

Fußgänger*innen bekommen mit LINKS breite Gehwege (Begegnungszonen, wo nicht möglich), Priorität beim Queren (mehr Zebrastreifen, verbesserte Ampelschaltungen) und Sitzbänke, damit im Grätzl alles bequem zu Fuß erreicht werden kann.

Radfahrer*innen bekommen mit LINKS überall durchgehend und baulich getrenntes Radwegenetz mit ausreichend Platz. Außerdem genug Radabstellplätze und ein Lastenrad- Leihsystem für Transporte, damit bei kurzen Distanzen die meisten Wege ohne Auto möglich werden. Außerdem ist der Fokus den die Exekutive im Moment auf die Kontrolle von Radfahrer*innen legt das politisch falsche Signal. Als klimafreundliche und gesunde Fortbewegungsmethode muss die Politik zur Lobby der Radfahrer*innen werden, weil der Markt wegen dem mangelnden Kapital, dass sich aus ihnen — im Vergleich zu den Autofahrer*innen — schlagen lässt, wie immer nichts richten wird.

Offi-Fahrer*innen bekommen mit LINKS Nulltarife, kürzere Intervalle, den Ausbau vor allem der Straßenbahn- und Schnellbahnlinien auch ins Umland und Querverbindungen in den Außenbezirken. LINKS fordert außerdem die Umstellung aller Busse in Wien und der Gemeinde auf Batteriebetrieb sowie am Stadtrand und zu Randzeiten auf Abruf zirkulierende Minibusse (wie ein der Stadt gehörendes Uber mit fairen Löhnen) und Sharing-Systeme für die existierenden Autos bzw. Citybikes unter städtischer Kontrolle.

Autofahrer*innen bekommen von LINKS Alternativen statt Privilegien: Sofortige Umstiegsprämie für Abmeldung/Nichtanmeldung eines Autos; nur bedürfnisorientierte Einfahrt in die Stadt und dafür Park+Ride-Ausbau am Stadtrand und Parkpickerl in jedem Bezirk als Anreiz zum Umstieg auf ökologische Verkehrsmittel; Parken an der Oberfläche nur für genehmigte Zwecke, sonst Parken in den unausgelasteten Garagen, damit die Straßen unter Beteiligung der Anrainer*innen — umgestaltet und begrünt werden können; Ausbau von Tempo 30 in Wien durch bauliche Gestaltung, Verkehrsvermeidung in den Grätzln durch Superblocks wie in Barcelona, damit wir Vision Zero (keine Verkehrstote) erreichen.

Was kann in der Wiener Stadtplanung gegen die Klimakrise getan werden?

Die Stadtentwicklung von LINKS lässt nicht zu, dass die, die am wenigsten zur Klimakrise beitragen, am stärksten von deren Folgen getroffen werden. Sie agiert in allen Facetten ressourcenschonend und klimafreundlich. Sie peilt eine radikale Reduktion der Bodenversiegelung an, sichert Räume und Bedingungen für urbane Biodiversität, fordert den Ausbau einer Stadt der kurzen und CO₂-neutralen Wege. Stadtplanung mit LINKS nimmt das Recht auf Gesundheit für alle in der Stadt ernst, also den Kampf für eine gesunde Stadtluft und gegen die Überhitzung des städtischen Raums. Linke Stadtentwicklung und soziale Gerechtigkeit lösen sich vom Paradigma des grenzenlosen Wachstums.

In dieser Sache ist für LINKS Boden das wichtigste Gemeingut: Durch aktive Bodenpolitik soll privater Grund und Boden in gemeinnützige, kommunale Eigentumsverhältnisse überführt werden.

Mit LINKS kommt eine neue Widmungspolitik: Jede Neuwidmung sollte jedenfalls sparsam (Thema Bodenversiegelung) und ausschließlich für gemeinnützige Zwecke erfolgen. Bei Abriss eines Gebäudes soll das Grundstück zunächst automatisch als Grünland eingestuft werden. Eine etwaige Neu-Umwidmung des Grundstücks muss ebenfalls gemeinnutzorientiert sein. Statt ausschließlich Wohngebäuden können in der dichten Stadt dadurch auch wieder Freiräume und öffentlicher Raum für alle entstehen.

Zuletzt braucht Wien aus Sicht von LINKS mehr Grün, und das nicht nur, um den jährlich neuen Hitzerekorden etwas entgegenzuhalten: grüner Gürtel, grüne Fassaden und Dächer, Quoten für Pflanzungen pro Jahr, Biotopvernetzung, ein nachhaltiges Konzept für Versickerung und Zirkulation von Wasser.

Wie würden Sie Ihre Maßnahmen gegen die Klimakrise sozial abfedern? Oder anders gefragt, wer sollte Ihrer Meinung nach, für die Bekämpfung der Klimakrise besonders in die Verantwortung genommen werden, wer zahlt die Maßnahmen?

Dies ist für LINKS eine Frage der Perspektive: kurzfristig muss zumindest Kostenwahrheit durch Internalisierung der echten Kosten hergestellt werden. Wo es der Markt nicht richtet, müssen klimaschädliche Aktivitäten besteuert und klimaschonende gefordert werden. LINKS schlägt dazu u.a. eine CO₂-Steuer als neue „Luxussteuer“ vor. Direkt kann die Stadt darüber hinaus bei Investitionen und der Vergabe von Forderungen, aber auch beim Einkauf durch öffentliche Unternehmen die Einhaltung von Stadt-eigenen Mindeststandards zu Umweltverträglichkeit / Klimaneutralität / ökologische Nachhaltigkeit durchsetzen.

Mittelfristig will LINKS Einkommen, Gewinne und Vermögen progressiv besteuern und so eine bedingungslose Existenzsicherung (EUR 1.500,- netto), flächendeckend geltende höhere Mindestlöhne (EUR 1.950 netto bei 30 Stunden Regelarbeitszeit) und -pensionen sowie u.a. die Finanzierung der nachhaltigen Transformation unserer Gesellschaft sicherstellen. Darüber hinaus braucht es die Verstaatlichung, sodann den konsequenten Umbau besonders umweltverschmutzender Konzerne wie OMV oder VoestAlpine.

Langfristig will LINKS —auch mit Blick auf die Klimakatastrophe— den Kapitalismus überkommen. Umweltzerstörung ist schließlich das materielle Ergebnis von Kapitalverwertung unter Konkurrenzbedingungen. Unternehmen müssen immer mehr Waren immer schneller herstellen und verkaufen, sonst werden sie von Konkurrent*innen aus dem Markt gedrängt oder gleich übernommen. Im globalisierten Kapitalismus fehlen Nationalstaaten somit wirksame Instrumente zur rechtzeitigen, nachhaltigen Transformation unserer Wirtschaft, um eine Eskalation der

Klimakatastrophe abzuwenden. Deshalb ist der Kampf gegen den Kapitalismus auch ein Kampf für ein gutes Klima für alle.

SÖZ (leider zu knapp vor der Sendung eingelangt um die Antworten noch in den Beitrag einzubauen)

Was würden Sie in Wien beim Thema Verkehr ändern, um die Klimakrise zu bekämpfen?

Wir kommen am großflächigen Umstieg auf elektrisch betriebene Fahrzeuge nicht vorbei. Das reduziert nicht nur die Treibhausgasemissionen aus dem Verkehrssektor, diese betragen ja ein Drittel der gesamten THG - Emissionen, sondern sorgt auch für weniger Lärm und saubere Luft in der Stadt und weniger Lungenerkrankungen.

Der Umstieg muss von der Politik gezielt unterstützt werden. Indem man die E-Ladeinfrastruktur flächendeckend ausbaut und das Laden der Batterien soll GRATIS sein! Nur so werden Verbraucher motiviert, das doch immer noch teurere E-Fahrzeug zu kaufen.

In den Innenstadtbezirken soll das Fahren mit Verbrennungskraftmotoren verboten werden, mit Ausnahme von Taxis und Lieferservice. Der öffentliche Verkehr soll in der gesamten Stadt gratis sein (wie in Tallinn, Luxemburg). Die Stadt spart sich mittelfristig Geld, weil für die Renovierung der Altbaufassaden weniger Kosten anfallen. Diese müssen aufgrund der wegfallenden Abgase und Feinstaubpartikel weniger oft renoviert werden.

Selbstfahrende E-Kleinbusse sollen in den autofreien Innenstadtbezirken Anrainern und Touristen zur Verfügung stehen. Zu dessen Einführung soll die Stadt Wien mit führenden Forschungsinstituten und Fahrzeugentwicklern, sowie Car-Sharing Plattformbetreibern wie Uber zusammen arbeiten. Dafür gibt es gut EU-Mittel, die man akquirieren kann.

Der Radverkehr soll massiv gefördert werden, mit Stadt-Fahrradautobahnen wie in Stockholm und Amsterdam und viel mehr öffentlichen, sicheren, trockenen Abstellmöglichkeiten für Fahrräder. Die Förderung von Transportfahrrädern für Privatpersonen soll auf E-Fahrräder ausgedehnt werden.

Was kann in der Wiener Stadtplanung gegen die Klimakrise getan werden?

Wien soll Klimavorreiter - Stadt werden und die vollständige Dekarbonisierung der Wirtschaft schon bis 2045 erfolgen. Das bedeutet eine starke Reduktion des Energieverbrauches und komplette Umstellung des Strom-, Wärme- und Verkehrssystems auf Erneuerbare Energien.

Wie würden Sie Ihre Maßnahmen gegen die Klimakrise sozial abfedern? Oder anders gefragt, wer sollte Ihrer Meinung nach, für die Bekämpfung der Klimakrise besonders in die Verantwortung genommen werden, wer zahlt die Maßnahmen?

Klimaschutz darf auf gar keinen Fall ein „Elitenprogramm“ werden. Sozial benachteiligte Gruppen sollen keine finanzielle Mehrbelastung spüren, dafür am meisten von Klimaschutzmaßnahmen profitieren - denn sie sind es, die sich am wenigsten gegen den Anstieg der Temperaturen und gegen Umweltverschmutzung schützen können und am meisten darunter leiden. Das sind Menschen ohne grünen Vorgarten, die oft an stark befahrenen Straßen wohnen. Die ökosoziale Steuerreform ist eine Möglichkeit, Klimaschutz sozial gerecht zu gestalten. Klimaschädliches Verhalten wird bestraft, durch die CO₂-Steuer, was aber den Kleinverbraucher am wenigsten trifft. Dieser wird sogar durch einen „Ökobonus“, der einmal im Jahr ausbezahlt wird, am Ende des Jahres mehr Geld in der Tasche haben.

Der von Fridays for Future geforderte „Klima-Corona-Deal“ verbindet die soziale Frage mit der Klimafrage. Die Gelder für das Konjunkturpaket NACH der Corona-Krise sollen in den naturverträglichen Ausbau sauberer, erneuerbarer Energien, in effiziente Energieverwendung bei

Gebäuden und Industrie, in öffentliche Verkehrsmittel und in nachhaltige Landwirtschaft investiert werden. Berufsfelder, die sich durch einen geringen CO₂-Ausstoß auszeichnen, wie Pflege, Bildung, Gesundheit und Kinderbetreuung sollten deutlich ausgebaut werden, die Entwicklung hin zu einer regionalen und kohlenstoffarmen Wirtschaft soll gefördert werden.

Von FPÖ, Team HC Strache und BIER haben wir keine Antworten erhalten.